



Neue EU-Gemeinschaftsstrategie für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz 2007-2012

Quelle: EU-Kommission, GD Beschäftigung, Soziales und Chancengleichheit vom 21.02.2007

Unter dem Titel „Die Arbeitsplatzqualität verbessern und die Arbeitsproduktivität steigern: Gemeinschaftsstrategie für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz 2007-2012“ hat die EU-Kommission die neue Arbeitsschutz-Gemeinschaftsstrategie am 21. Februar 2007 veröffentlicht.

Ziele der neuen Arbeitsschutz-Gemeinschaftsstrategie der EU

Generalziel ist eine durchschnittlich 25%ige Verringerung der Arbeitsunfälle in der EU bis 2012, insgesamt wird eine stetige und nachhaltige Verringerung der Arbeitsunfälle und arbeitsbedingten Erkrankungen anvisiert. Teilthemen sind die Folgen der demographischen Entwicklung für die Arbeitswelt, die Folgen zunehmender „besonderer“ Beschäftigungsverhältnisse wie vermehrter Selbständigkeit, Auftragsweitervergabe an Nachunternehmen/KMU, die Folgen verstärkter Migration für die Arbeitswelt und Häufungen von bestimmten berufsbedingten Erkrankungen (z.B. Muskel-Skelett-Erkrankungen).

Um die Ziele der Strategie zu verwirklichen, schlägt die EU-Kommission u.a. folgende Maßnahmen vor: Verbesserung des ordnungsgemäßen Vollzuges der EU-Gesetzgebung auch durch nicht rechtsverpflichtende Instrumente wie den Austausch von bewährten Verfahren (Good Practice) und Sensibilisierungskampagnen (z.B. Europäische Wochen), Unterstützung der KMU bei ihren Arbeitsschutzaufgaben, Anpassung und Vereinfachung des Rechtsrahmen an Veränderungen "ohne Verringerung des bestehenden Schutzniveaus", Koordinierung der Arbeitsschutzpolitik mit anderen Politikfeldern (z.B. öffentliche Gesundheit, Beschäftigungspolitik), Förderung nationaler Arbeitsschutzstrategien, Förderung von Verhaltensänderungen bei Arbeitnehmern und gesundheitsförderlicher Ansätze bei Arbeitgebern, Evaluierung von neuen Risiken, Verbesserung der Fortschrittskontrolle (insbesondere Evaluationen von Maßnahmen) und Verstärkung der internationalen Zusammenarbeit.

Die neue ist im wesentlichen eine Fortführung der alten Arbeitsschutzstrategie 2002-2006 und wurde vor dem Hintergrund der Ziele der „Lissabon-Strategie“ unter Einbezug der Evaluationsergebnisse der alten Strategie, den Ergebnissen der 4. Befragung zu den Arbeitsumweltbedingungen in Europa (Working Conditions Survey Befragungsdaten von 2005/ veröffentlicht 2007) der EU-Stiftung in Dublin, der statistischen Indikatoren zu Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz von EUROSTAT, den inhaltlichen Vorschlägen der Fraktionen des Beratenden Ausschusses der Generaldirektion „Beschäftigung, Soziales und Chancengleichheit“ sowie des Ausschusses Hoher Aufsichtsbeamter (SLIC) entwickelt.

Kommentar

Die neue EU-Gemeinschaftsstrategie liegt hinsichtlich ihrer Ziele und Ansätze auf einer Linie mit parallel aufgelegten strategischen Initiativen der Internationalen Arbeitsorganisation ILO (Promotional Framework for Occupational Safety and Health, 2006) und der Weltgesundheitsorganisation WHO (Workers' Helath: Global Action Plan, Entwurf 2007). Eine wichtige Aufgabe der nächsten Jahre für alle im Interesse einer erfolgreichen Umsetzung angesprochen Kreise wird es sein, die Initiativen von EU, ILO, WHO und natürlich der geplanten „Gemeinsamen Deutschen Arbeitsschutzstrategie“ (GDA) möglichst aufeinander abzustimmen, alle Beteiligten einzubeziehen und die Gemeinsamkeiten bei der Umsetzung sinnvoll miteinander zu verknüpfen, um die zweifellos in dieselbe Richtung weisenden Ziele zu erreichen.



Hinsichtlich der Relevanz für den deutschen Arbeitsschutz ist deutlich erkennbar, dass die neue Gemeinschaftsstrategie sich zwar an alle EU-Mitgliedsstaaten (MS) richtet, aber offensichtlich in mehreren der gestellten Anforderungen vorrangig auf die neueren MS ausgerichtet ist, deren Arbeitsschutzsysteme zum Teil noch erheblichere Defizite aufweisen.

Bei vielen Teilthemen und Zielen der neuen EU-Gemeinschaftsstrategie kommt den Unfallversicherungsträgern hinsichtlich einer Verantwortung, Durchführungszuständigkeit oder Mitwirkung bei der Umsetzung in Deutschland eine Schlüsselrolle zu.

Links

Veröffentlichung der EU-Kommission/GD Beschäftigung, Soziales und Chancengleichheit vom 21.02.2007: http://ec.europa.eu/employment_social/news/2007/feb/commstrat_de.pdf